



Sachplanverfahren für ein Atommüllendlager:

Gemeinderat Hallau äussert sich kritisch zur 1. Etappe

Der Kanton Schaffhausen hat seit dem 4. September 1983 ein Gesetz, wonach mit allen politischen und rechtlichen Mitteln darauf hinzuwirken ist, dass auf Kantonsgebiet keine Lagerstätten für atomaren Abfall errichtet und auch keine vorbereitenden Handlungen vorgenommen werden. Dieses Gesetz ist für alle Exekutivmitglieder der kommunalen und kantonalen Behörden des Kantons Schaffhausen bindend.

Als Vertreter einer Gemeinde im Planungssperimeter des Atommüllendlagers Südranden beteiligt sich der Gemeinderat Hallau demzufolge aktiv am Verfahren, soweit es denn die sehr beschränkte Möglichkeit der Einflussnahme zulässt; er hat eine umfassende Stellungnahme (www.hallau.ch) zur 1. Etappe des Sachplanverfahrens ans Bundesamt für Energie gesandt.

Zu viele offene Fragen

Aus Sicht des Gemeinderates bleiben viel zu viele offene Fragen. Bei den verschiedenen Standortgebieten bestehen teilweise noch grosse Wissenslücken bezüglich einzelner sicherheitsrelevanter Kriterien des Sachplanes. In Benken ist beispielsweise viel aufwändiger ge-

forscht worden, als in den übrigen Standortgebieten.

Die erdwissenschaftlichen Kenntnisse müssen für alle potenziellen Standorte mit zusätzlichen Untersuchungen verbessert und die offenen Fragen geklärt werden. Die bereits vorgenommenen Bewertungen der geologischen Standortgebiete sind deshalb deutlich verfrüht. Die erwähnten Wissenslücken müssen vollumfänglich geschlossen werden bevor die Einengung der Standorte auf je zwei pro Abfallkategorie erfolgt. Andernfalls sind Vergleiche zwischen den Standorten weder möglich noch zulässig. Alternative Ansätze (Volumenreduktion/Verminderung Strahlungsintensität) sind prioritär zu verfolgen.

Methodik des Auswahlverfahrens

Nicht alle relevanten Einflüsse eines Atommüll-Endlagers können eindeutig gemessen werden. Zu diesen Einflüssen gehört beispielsweise das Image einer Region. Gerade diese «weichen» Faktoren müssen aber in eine Beurteilung mit einbezogen werden.

Der Kanton Schaffhausen hat mit (s)einer Sozioökonomischen Studie auf-

gezeigt, dass diese nicht messbaren Einflüsse wesentlich sind: Die Studie belegt, dass die Auswirkungen eines Atommüll-Endlagers katastrophale Auswirkungen auf einen Standort haben würde.

Forderungen

Der Gemeinderat Hallau hat in seiner Anhörungsantwort auch einige Forderungen an das Bundesamt für Energie gestellt:

1. Unter den genannten Aspekten ist der Entsorgungsnachweis aufzuheben und das Lagerkonzept zu überarbeiten.
2. Ausserdem ist die Standortsuche aufzuschieben, solange technische und gesellschaftliche Fragen nicht gelöst sind und zwar unabhängig davon, ob Rahmenbewilligungen für allfällig neue AKW auf dem Tisch liegen oder nicht.
3. Die Forschungsstrukturen und -ausrichtungen müssen überprüft und unabhängig von der Atomwirtschaft werden. Nachdem die technischen Fragen wirklich gelöst sind und ein Lagerkonzept vorliegt, soll die Standortsuche demokratisch aufgegleist werden. Wenn nötig soll dafür das Kernenergiegesetz angepasst werden.

Dienstjubiläen 2010 in der Gemeinde Hallau

10 Dienstjahre:

Yvonne Brunner,
Mitarbeiterin Pflege
Judith Meile, Mitarbeiterin Pflege
Irene Müller, Mitarbeiterin Pflege

25 Dienstjahre:

Hansueli Auer,
Gemeinderatsschreiber

Der Gemeinderat Hallau dankt den Jubilaren für ihre bisherige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit.

Personalreferent
Alfred Neukomm-Ammann

Zeitdruck

Zu kritisieren ist der hohe zeitliche Druck, unter dem das gesamte Verfahren abläuft. Dieser Druck kann der Gemeinderat angesichts der Komplexität und der keineswegs gelösten offenen Fragen nicht akzeptieren. Bei der Festlegung von Terminen und Fristen müssen deshalb auch substantielle Verlängerungen der kommenden Etappen in Kauf genommen werden. Gemeinderat Hallau